Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 17. Dezember 2010
Ausgabe 242

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Haushaltsdebatte: Zentraler CSU-Vorwurf unzutreffend 2
› OB Ude und Sozialreferentin Meier zur Landtagsentscheidung zur Auszahlung höherer Regelsätze in der Sozialhilfe 3
› Fröhliche Weihnachten für „München“ 4
› Rentables Umweltprogramm – Münchner Ökoprofit-Betriebe sparen Ressourcen und Geld 4
› Das Stadtarchiv erhält Unterlagen der GEDOK 6
› Bürgerbüro-Außenstellen am 23. Dezember nur bis 12 Uhr geöffnet 7
› Öffnungszeiten der städtischen Kindertageseinrichtungen zum Jahreswechsel 7
› Winterdienstbilanz für Donnerstag, 16. Dezember 7
› Führung durch die Fotoausstellung „Roger Ballen“ 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Adoptionen jenseits von Altersgrenzen? Verletzung der Fürsorgepflicht von Seiten des Jugendamtes? 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **11**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Montag, 20. Dezember, 19.30 Uhr,
Tollwood-Weltsalon, Theresienwiese
Podiumsdiskussion „Münchner Klimawandel – eine Stadt auf dem Weg in die Zukunft" mit Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH, und Dr. Stefan Lechtenböhmer, Leiter der Forschungsgruppe „Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen", Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Moderation: Yvonne Maier.
Anmeldung erbeten unter presse@tollwood.de

Meldungen

(teilweise voraus)
Haushaltsdebatte: Zentraler CSU-Vorwurf unzutreffend
(17.12.2010) Im Mittelpunkt der Haushaltsrede des CSU-Fraktionsvorsitzenden Josef Schmid und ihrer Medienresonanz stand die Behauptung, *„in einem mit 229.000 Euro finanzierten Projekt bietet eine Selbsthilfegruppe für Frauen Kosmetik und Schönheitspflege an. Sind Kosmetik und Schönheitspflege eine kommunale Aufgabe? Wir sagen nein – unter keinen Umständen."*
Dazu stellen die beiden betroffenen Referate für Gesundheit und Umwelt sowie Arbeit und Wirtschaft fest: Der mit 229.200 Euro geförderte freie Träger „Donna Mobile" erhält diese städtische Förderung vom Referat für Gesundheit und Umwelt ausschließlich für Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention, also Kurse, Seminare und Gruppen zur Gesundheitsaufklärung (zum Beispiel Osteoporose, Migräne, frauenspezifische und gynäkologische Fragestellungen) und Gesundheitsprävention (zum Beispiel Gymnastik- und Entspannungskurse, Ernährungsberatung) sowie telefonische und persönliche, psychosoziale, physiotherapeutische und medizinische Gesundheitsberatung (teilweise muttersprachlich).
Donna mobile, das auch vom Referat für Arbeit und Wirtschaft unterstützt wird, hat zwar für eine beschäftigungsqualifizierende Kursmaßnahme „Kosmetik und Schönheitspflege" ebenfalls eine städtische Förderung beantragt, diese Förderung wurde aber **abgelehnt**. Donna mobile erhält vom Referat für Arbeit und Wirtschaft 124.500 Euro für die Qualifizierung zur

Betreuungsassistentin, 66.165 Euro für die Grundqualifikation für Sozial- und Gesundheitsberufe und 120.730 Euro für die Vorbereitung auf die Prüfung zur Kinderpflegerin. Es ist nicht bekannt, was an diesen Qualifikationsmaßnahmen (zur Betreuungsassistentin! Für Gesundheitsberufe! Zur Kinderpflegerin!) zu beanstanden sein soll.
Auch nach Auskunft des Sozialreferates wird keine „Selbsthilfegruppe" von der Stadt gefördert, die Kosmetik und Schönheitspflege anbietet.

(teilweise voraus)
OB Ude und Sozialreferentin Meier zur Landtagsentscheidung zur Auszahlung höherer Regelsätze in der Sozialhilfe
(17.12.2010) Nachdem sich das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bis gestern geweigert hatte, den Kommunen weiterhin zu ermöglichen, alten, kranken und behinderten Menschen einen erhöhten Sozialhilferegelsatz auszuzahlen, hat der Bayerische Landtag nun entschieden, dass zuerst die Kommunen mit einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe einen abweichenden Sozialhilfebedarf feststellen müssen und dann das Land die Kommunen durch eine Verordnung ermächtigt, einen örtlichen Regelsatz festzusetzen. Zuvor hatte Staatsministerin Christine Haderthauer der Stadt München vorgeworfen, nicht schon Mitte des Jahres ein Gutachten zur Feststellung eines erhöhten Sozialhilfebedarfs in München in Auftrag gegeben zu haben.
Sozialreferentin Brigitte Meier: „Warum hätte das Sozialreferat eine teures und aufwändiges Gutachten zur Berechnung eines neuen Regelsatzes im SGB XII in Auftrag geben sollen, wenn die landesrechtliche Verordnung, um den Regelsatz rechtmäßig auszahlen zu können, vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung noch nicht in Aussicht gestellt worden war? Die Hausaufgaben hätte zuvor die Ministerin machen müssen. Wir leben in einem Rechtsstaat und nicht in einer Anarchie. Für staatliche Geldleistungen braucht die Kommune immer eine Rechtsgrundlage."
Erst nach dem gestrigen Beschluss des Bayerischen Landtags hat die Landeshauptstadt München die Sicherheit, dass der Freistaat Bayern tatsächlich von der Möglichkeit Gebrauch macht, die Stadt zu ermächtigen, nach einem entsprechenden Gutachten einen erhöhten Regelsatz auszubezahlen.
Oberbürgermeister Christian Ude: „Es ist ja schön, dass Sozialministerin Haderthauer nach massiven Protesten aller betroffenen Kommunen, nach entsprechenden Anträgen der Landtagsopposition und spektakulären offenen Protestbriefen der eigenen Partei ihre wiederholt öffentlich bekundete Ablehnung von kommunalen Zuzahlungen zum Sozialhilferegelsatz fallen lässt und sich in dieser Frage um 180 Grad dreht – aber es ist nur noch

eine befremdliche Lachnummer, wenn sie ihr Ministerium jetzt verbreiten lässt, sie habe sich in dieser Frage durchgesetzt. Wie sagte der Geisterfahrer nach der Rundfunkdurchsage, dass ein Geisterfahrer unterwegs sei? ‚Einer? Hunderte!'"

Fröhliche Weihnachten für „München"

(17.12.2010) In einem Schreiben sandte Oberbürgermeister Christian Ude allen Besatzungsmitgliedern des Patenflugzeuges „München" herzliche Weihnachts- und Neujahrsgrüße: „Unsere Stadt ist stolz, dass das größte zivile Passagierflugzeug, der Airbus A 380, seit Juli 2010 als Botschafter den Namen München in alle Welt trägt." Den Besatzungsmitgliedern des Patenschiffs „München", das auf dem Bodensee seinen Dienst tut, dankte OB Ude für die gute Betreuung des „Patenkindes" und wünschte ein frohes Weihnachtsfest. Der gesamten Zugbegleitung des ICE „München" wünschte der OB ebenfalls ein frohes Fest und einen guten Start in das Jahr 2011 sowie eine allzeit unfallfreie Fahrt.

Rentables Umweltprogramm – Münchner Ökoprofit-Betriebe sparen Ressourcen und Geld

(17.12.2010) Bei einer Feierstunde im Saal des Alten Rathauses haben gestern Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft, sowie Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, Bilanz gezogen und die neuen Ökoprofit-Einsteigerbetriebe sowie die Ökoprofit-Klubbetriebe mit einer Urkunde ausgezeichnet. Die Grußworte sprach in Vertretung des Oberbürgermeisters Stadtrat Alexander Reissl (SPD).

9.500 Liter Treibstoff, knapp 18 Millionen Kilowattstunden Strom und Wärme und somit mehr als 6.000 Tonnen CO_2 sowie knapp 26 Tonnen Restmüll, rund 16 Tonnen Rohstoffe und über 28 Millionen Liter Wasser sparen die 57 Münchner Unternehmen ein, die sich im Zeitraum 2009/2010 am Projekt Ökoprofit (Ökologisches Projekt für Integrierte Umwelttechnik) beteiligt haben. Mehr noch: Der Klima- und Umweltschutz rechnet sich für Ökoprofit-Betriebe auch ökonomisch – jährlich sparen sie mehr als 2,1 Millionen Euro ein.

Ökoprofit ist ein freiwilliges Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft, das ursprünglich in Graz entwickelt wurde und 1998 von der Landeshauptstadt München als erster Kommune in Deutschland eingeführt wurde. Es wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft und vom Referat für Gesundheit und Umwelt in Kooperation mit der Industrie und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern, dem Abfallwirtschaftsbetrieb München und der Stadtwerke München GmbH (SWM) Münchner Betrieben angeboten. Mittlerweile haben sich 179 Be-

triebe in München an Ökoprofit beteiligt; bundesweit sind es mehr als 2.200. Ziel ist, die Material- und Energieeffizienz der Unternehmen zu erhöhen und einen Beitrag zur Entlastung der Umwelt zu leisten. Angesprochen sind Unternehmen und Einrichtungen aller Größen und Branchen. Die teilnehmenden Einsteigerbetriebe nehmen an zehn gemeinsamen Workshops zu allen Themen des betrieblichen Umweltschutzes teil, untersuchen zusammen mit den Beratern der Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement in Kooperation mit dem Ingenieurbüro Gabriel Fischer die betriebliche Situation individuell vor Ort und entwickeln Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes. Abschließend werden sie nach den strengen Kriterien der Ökoprofit-Auszeichnung geprüft. Wenn sie diese bestehen, dürfen sie mit der Marke Ökoprofit werben. Einsteigerbetriebe können in den Folgejahren Klub-Betriebe werden und die Auszeichnung regelmäßig erneuern. Die teilnehmenden Firmen stellen sich so ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und setzen sich beispielsweise durch das Sparen von Energie und Wasser aktiv für den Klima- und Umweltschutz ein. So können Betriebskosten unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen gesenkt werden.
„Mit teilweise einfachen Mitteln wie dem Kauf von Diensträdern oder dem Anbringen abschaltbarer Netzstecker leisten Ökoprofit-Betriebe in der Summe einen bemerkenswerten Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz", bilanzierte Joachim Lorenz.
Die Wirtschaftlichkeit von Ökoprofit belegte Dieter Reiter: 21 Prozent der umgesetzten Maßnahmen waren laut Reiter mit keinerlei Kosten verbunden, elf Prozent amortisierten sich innerhalb des ersten Jahres, weitere neun Prozent innerhalb von drei Jahren. „Die größten 24 Betriebe mit jeweils mehr als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnten im Schnitt jährlich rund 75.376 Euro einsparen", sagte Reiter. Die größten Einsparungen werden mit 79 Prozent im Bereich Energie und Emissionen erreicht. Es folgen Einsparungen bei Rohstoffen und Abfällen mit einem Anteil von 16 Prozent an den Gesamteinsparungen, dann sonstige Maßnahmen mit vier Prozent und Einsparungen bei Wasser und Abwasser mit einem Prozent.
Dieter Reiter und Joachim Lorenz waren sich einig, dass „Ökonomie und Ökologie hier im Gleichklang sind" und forderten interessierte anwesende Firmen auf, sich bei der nächsten Runde zu beteiligen. Im Frühjahr 2011 wird eine Runde für neue Einsteigerbetriebe gestartet. Die Ökoprofit-Einsteigerbetriebe des Jahrgangs 2009/2010 können zudem ihre Aktivitäten im Ökoprofit-Klub und bei Bedarf auch im Modul „Vom Ökoprofit zum Öko-Audit" fortführen.

Kontakt: Arqum, Ökoprofit-Hotline 12 10 99 40. Ulfried Müller, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Telefon 2 33-2 76 68. Helmut Fink, Referat für Gesundheit und Umwelt, Telefon 2 33-4 77 60

Das Stadtarchiv erhält Unterlagen der GEDOK

(17.12.2010) Die Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer (GEDOK) e.V. zählt seit Jahrzehnten mit ihren Kunstausstellungen und anderen Veranstaltungen zu den festen Größen im Münchner Kunst- und Kulturleben. Esther Bloch, von 1972 bis 1988 Vorsitzende der GEDOK, Gruppe München, und bis 1992 Vizepräsidentin im Bundesverband, hat am 7. Dezember die Unterlagen ihrer Amtszeit und – soweit noch vorhanden – aus der ihrer Vorgängerinnen an das Stadtarchiv München übergeben.

Die GEDOK ist die größte und traditionsreichste interdisziplinäre Künstlerinnen-Organisation in Deutschland. Sie wurde 1926 von Ida Dehmel gegründet. Als gemeinnützig anerkannte Organisation hat die GEDOK sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit von talentierten Künstlerinnen nachhaltig zu unterstützen, ihnen den Weg in die Öffentlichkeit zu erleichtern, die Verbindung zwischen Künstlerinnen und Kunstförderern zu festigen und die gleichgestellte Position von Frauen im Kulturbetrieb mit institutioneller und praktischer Hilfe zu fördern.

Die GEDOK setzt sich über ein Netzwerk von Kontakten zu Kultur, Politik und Medien für die Belange von Künstlerinnen aller Sparten ein. So gliedert sich die Münchner Gruppe derzeit in die Fachgruppen Bildende Kunst, Angewandte Kunst, Musik und Literatur. Die einzelnen Sparten treten mit vielfältigen Aktivitäten an die Öffentlichkeit, so etwa mit Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Vorträgen, Führungen, Atelier- und Werkstattbesuchen sowie Symposien.

Die dem Stadtarchiv München übergebenen Unterlagen spiegeln die Aktivitäten der GEDOK von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre wider. Sie enthalten insbesondere Dokumente und Materialien über die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen und anderen Veranstaltungen der Münchner Gruppe. Einen Schwerpunkt der Überlieferung bilden daher auch die Korrespondenzen mit Künstlerinnen, Förderern und Mitgliedern. Jahresberichte sowie die Mitschriften und Protokolle der Mitglieder- und Generalversammlungen bilden einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt. Vorhanden ist zum Beispiel das Protokoll der Wiedergründung der Münchner Gruppe der GEDOK nach dem Zweiten Weltkrieg, die am 10. Juni 1949 im Kleinen Rathaussaal stattfand.

Die Unterlagen umfassen den Zeitraum 1949 bis 1997, ihr Gesamtumfang beträgt drei Regalmeter. Derzeit sind die Unterlagen nur grob sortiert, eine Tiefenerschließung soll baldmöglichst folgen.

Bürgerbüro-Außenstellen am 23. Dezember nur bis 12 Uhr geöffnet
(17.12.2010) Das Kreisverwaltungsreferat bittet zu beachten, dass die Bürgerbüro-Außenstellen
- Bürgerbüro Pasing, Landsberger Straße 489
- Bürgerbüro Forstenrieder Allee, Forstenrieder Allee 61a
- Bürgerbüro Orleansplatz, Orleansstraße 50
- Bürgerbüro Leonrodstraße, Leonrodstraße 21
- Bürgerbüro Riesenfeldstraße, Riesenfeldstraße 75

am Donnerstag, 23. Dezember, ausnahmsweise nur bis 12 Uhr – anstatt wie sonst üblich bis 15 Uhr beziehungsweise 16 Uhr – geöffnet sind. Weitere Informationen zu den Öffnnungszeiten, insbesondere auch zu den neuen Öffnungszeiten des Kreisverwaltungsreferates ab 2011, sind unter *www.muenchen.de/Rathaus/kvr/37584/index.html* erhältlich.

Öffnungszeiten der städtischen Kindertageseinrichtungen zum Jahreswechsel
(17.12.2010) Für die städtischen Kindergärten, Kooperationseinrichtungen und Horte gilt während der Weihnachtsferien die so genannte „Bedarfsöffnung". Das heißt, dass die Kinder je nach Betreuungsbedarf der Eltern in jeweils einer Einrichtung eines Kindergarten- beziehungsweise Hortbezirks zusammengefasst werden. Diese Regelung bezieht sich nur auf städtische Einrichtungen, nicht auf die Einrichtungen anderer Träger.
Von den 24 städtischen Tagesheimen an Grundschulen sind 16 an den Werktagen während der Weihnachtsferien komplett geöffnet. Die unten genannten Tagesheime sind wie folgt geschlossen:
- Städtisches Tagesheim Großhaderner Straße: 27. bis 29. Dezember
- Städtisches Tagesheim Hochstraße: 28. bis 30. Dezember
- Städtisches Tagesheim Ichostraße: 7. Januar 2011
- Städtisches Tagesheim Limesstraße: 7. Januar 2011
- Städtisches Tagesheim Lincolnstraße: 7. Januar 2011
- Städtisches Tagesheim Markgrafenstraße: 7. Januar 2011
- Städtisches Tagesheim Pfeuferstraße: 7. Januar 2011
- Städtisches Tagesheim Theodor-Heuss-Platz: 7. Januar 2011

Winterdienstbilanz für Donnerstag, 16. Dezember
(17.12.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Donnerstag, 16. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 762 Fahrzeuge: 581
Streuguteinsatz:
Salz: 591,196 t Splitt: 619,5 t

Kosten des Einsatztages: 530.530,19 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 11
Bisherige Einsatztage: 35
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 8.626.061,29 Euro

Führung durch die Fotoausstellung „Roger Ballen“
(17.12.2010) Dr. Ulrich Pohlmann führt am Mittwoch, 22. Dezember, um 15 Uhr durch die Fotoausstellung „Roger Ballen – Fotografien 1969 - 2009“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Die Aussstellung gibt einen Eindruck in alle Schaffensperioden des Künstlers Roger Ballen, der in Südafrika seit 30 Jahren lebt und arbeitet. Roger Ballen begreift jedes Foto als Teil des Selbst und damit als Ausweitung der eigenen Person. Das Fotografieren gleicht einer Entdeckungsreise in die eigene Psyche. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 17. Dezember 2010

Adoptionen jenseits von Altersgrenzen?
Verletzung der Fürsorgepflicht von Seiten des Jugendamtes?
Anfrage Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) vom 29.9.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Ihre oben genannte Anfrage bezieht sich auf die Medienberichterstattung vom 09.08.2010.
Sie stellen anhand des Alters der getöteten Münchner Adoptivmutter die Frage, wie es bei unseren Adoptionsgesetzen dieser Frau möglich war, jenseits der 50 ein Kind zu adoptieren. Normalerweise werde adoptionswilligen Ehepaaren, bei denen die Frau Ende 30 und der Ehemann Anfang 40 ist, eine Adoption verweigert.

Zu Ihrer Anfrage vom 29.09.2010 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Aus welchen Gründen werden Adoptionen in München in einem derart hohen Alter genehmigt? Wird bei Waisenkindern aus Bangladesh eine Ausnahme von den bestehenden Altersgrenzen der Mütter gemacht?

Antwort:
Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) enthält in § 1743 das Mindestalter für eine Adoption.
Eine obere Grenze ist gesetzlich nicht geregelt.
Die Adoptionsvermittlungsstelle des Stadtjugendamtes München richtet sich bezüglich der Altersgrenzen bei Aufnahme eines Adoptivkindes nach den Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Diese sehen in der Regel einen Altersunterschied zwischen dem aufnehmenden Kind und den Adoptiveltern von etwa 40 Jahren vor. Das Stadtjugendamt München hält sich an diese Empfehlung seit 1998.
Das Rechtsinstitut der Adoption gibt es in Bangladesh nicht, weil dies ein islamischer Staat ist. Eine internationale Adoptionsvermittlung ist für Kinder aus diesen Ländern daher nicht zulässig und ist unseres Wissens auch damals nicht möglich gewesen. Wie die Adoptionen im vorliegenden

Fall zu Stande kamen, ist uns nicht bekannt. Im angesprochenen Fall wurde das Adoptionsverfahren nicht durch das Stadtjugendamt München, sondern durch ein Jugendamt in Niedersachsen durchgeführt.

Frage 2:
Wie verhält es sich in diesem Fall mit dem Adoptionsvater oder konnte die Frau drei Kinder allein adoptieren? Wie alt war die Frau genau bei den jeweiligen Adoptionen der insgesamt drei Kinder?

Antwort:
Aus Gründen des Sozialdatenschutzes kann zu Frage 2 keine Auskunft gegeben werden.

Frage 3:
Zwei andere Adoptivkinder selbiger Frau sind laut Zeitungsbericht wegen Vernachlässigung durch die Mutter seit geraumer Zeit in einer betreuten Wohnungseinrichtung untergebracht.
Warum verblieb das dritte Kind bei der Mutter und wurde nicht auch in einer Einrichtung untergebracht? Warum hat das Jugendamt seine Fürsorgepflicht bei dem Jungen derart sträflich vernachlässigt und den Jungen bei der mittlerweile 71-jährigen, offensichtlich unfähigen Mutter gelassen?

Antwort:
Aus Gründen des Sozialdatenschutzes kann zu Frage 3 keine Auskunft gegeben werden.

Der tragische Ausgang dieses Falles ist nicht der mangelnden Fürsorgepflicht des Stadtjugendamtes geschuldet.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 17. Dezember 2010

Leistungen Sozialer Betriebe in München besser messbar machen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Lotte, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Lydia Dietrich, Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Unwahrheiten zu Hundertausenden von gekündigten SWM-Verträgen?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Chaos auf den winterlichen Münchner Straßen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhold Babor, Marian Offman und Ursula Sabathil (CSU)

Mit wenig Aufwand vielen Menschen nützen – mehr Sitzgelegenheiten für die S-Bahnstation Marienplatz bereitstellen
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Einbürgerung – das muß nicht sein
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/rosa liste

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Stadtrat
Andreas Lotte
Stadtrat
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Stadträtin

Lydia Dietrich
Stadträtin
Siegfried Benker
Stadtrat
Jutta Koller
Stadträtin

München, 17.12.2010

Leistungen Sozialer Betriebe in München besser messbar machen

Antrag:

Der Stadtrat beauftragt das Referat für Arbeit und Wirtschaft sowie das Sozialreferat in Zusammenarbeit mit den sozialen Betrieben die Mess- und Reportingmethode „Social Return on Investment (SROI)“ zu verwenden, um die unmittelbaren und mittelbaren Leistungen und den Nutzen der Sozialen Betriebe in den Bereichen des MBQ sowie der BBJH messbar zu machen. Den Ausgaben sollen u.a.

- die eingesparten Sozialleistungen, die Mehrung der Steuereinnahmen, das vermehrte Einkommen der Projektteilnehmer/innen
- die Verbesserung der „Employability“ der Teilnehmer/innen, die keine feste Anstellung gefunden haben
- die Erhöhung der zukünftigen Einnahmen der Beschäftigten durch Qualifizierung
- der Nutzen für den Einzelnen (Familien), die Wirtschaft und die Stadtgesellschaft

gegenübergestellt werden.

Dazu soll ein entsprechendes Kennzahlensystem aufgebaut werden.

Begründung:

Das Konzept des SROI (Soziale Investitionsrechnung) liefert eine aus Investitionen und Kosten und den daraus generierten Rückflüssen zu berechnende Kennzahlen, die es der Stadt München ermöglicht, über den effektiven und effizienten Kapitaleinsatz von Sozialen Betrieben Auskunft zu geben. Der SROI ergänzt die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen des Return on Investment (ROI) um die Komponente der sozialen Erträge. Somit besteht die Möglichkeit, den Kosten einer Investition oder eines Projektes sowohl den ökonomischen als auch gesellschaftlichen Ertrag gegenüber zu stellen. Der SROI ist ein international anerkanntes Messverfahren mit einer über 20-jährigen Geschichte, welches in den USA durch den Roberts Enterprise Development Fund (REDF) entwickelt wurde.

Der SROI schafft mehr Transparenz und ermöglicht dadurch der Verwaltung, den Sozialen Betrieben dem Stadtrat und den Münchnerinnen und Münchnern ihre Leistungen für die Stadtgesellschaft aufzuzeigen.

gez.
Christian Müller
Stadtrat

gez.
Lydia Dietrich
Stadträtin

gez.
Andreas Lotte
Stadtrat

gez.
Siegfried Benker
Stadtrat

gez.
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Stadträtin

gez.
Jutta Koller
Stadträtin

Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
17.12.10

Unwahrheiten zu Hundertausenden von gekündigten SWM-Verträgen ?

Die SWM hatten kurz vor dem Winter hunderttausende Münchner Haushalte getrennt nach Energiearten und damit oft mehrfach angeschrieben, die bestehenden Verträge gekündigt und die Kunden zum Abschluss neuer Verträge aufgefordert. Mit meiner Anfrage vom 26.10.10 wollte ich wissen, warum die SWM für eine geringfügige Änderung der AGB einen solchen Aufwand getrieben haben.

Auf meine Frage antwortete der Wirtschaftsreferent Dieter Reiter: "Dies garantiert Rechtssicherheit für beide Vertragspartner..." So weit, so gut. Wenige Zeilen weiter antwortet der Wirtschaftsreferent auf meine Frage, was passiere, wenn jemand den neuen Vertrag nicht unterschrieben hat: "Sollte ein Kunde den neuen Vertrag nicht zurück senden, könnte dies in formaljuristischer Hinsicht unterschiedlich interpretiert werden." Das ist eher das Gegenteil von Rechtssicherheit! Da die Beantwortung der Anfragen das OB-Büro durchlaufen, ist davon auszugehen, dass der rechtskundige Oberbürgermeister die Beantwortung der Anfrage kennt.

Ich frage deshalb Oberbürgermeister Christian Ude:

1. Trifft es zu, dass die Kündigungen der SWM die bestehenden Verträge beendeten? Welche Rechtswirkung sonst hatten die Kündigungen?

2. Trifft es zu, dass diejenigen Münchner Kundinnen und Kunden der SWM, die den SWM keinen neuen Vertrag zurückschickten, nach Ablauf der Frist für die SWM-Kündigungen rechtlich keinen Vertrag zur Energieversorgung mehr hatten?

3. Warum hat der rechtskundige Vorstand der SWM-Geschäftsführung die den Kundinnen und Kunden drohende Vertragslosigkeit nicht erkannt?

4. Warum haben die SWM ihre Kundinnen und Kunden dann nicht in klaren Worten auf die Risiken der durch die SWM-Kündigungen mutwillig herbeigeführten Vertragslosigkeit hingewiesen?

5. Wie ist die Rechtslage bei den Kundinnen und Kunden zu beurteilen, die den SWM keinen neuen Vertrag zurückschickten und die so gerade nicht ihre Zustimmung erklärten? Gilt für sie der alte Vertrag weiter mit den alten AGB's?

6. Wie kann der Wirtschaftsreferent so eine Handlungsweise der SWM als der Rechtssicherheit dienend bezeichnen?"

gez.
Marian Offman, Stadtrat

Tel.: 01728171611; email: marian@offman.org
Marian Offman; Nederlingerstr. 61; 80638 München

Ursula Sabathil **Dr. Reinhold Babor** **Marian Offman**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
17.12.10

Chaos auf den winterlichen Münchner Straßen

Kaum ist es Winter, bietet sich das alljährlich gleiche Bild: nicht durchgehend frei geräumte Straßen und Gehwege, Hindernisparcours und Stellen mit Glatteis.

Während die Münchnerinnen und Münchner Verständnis dafür aufbringen, dass die Mitarbeiter des Winterdienstes bei starkem Schneefall ihr Bestes geben, aber nicht überall gleichzeitig sein können, sinkt die Geduld, wenn sich auch nach Tagen nicht viel ändert.

Ärgerlich ist es auch, wenn im Bereich der MVG Treppenabgänge zu Schlitterpartien werden und auf dem Weg in den Bus erst einmal Schnee- oder Matschberge durchwatet werden müssen.

Beispiel:

Rindermarkt, letzte Woche, nicht gestreut (Kies)
13.12.2010 Gehweg Sparkassenstraße vor dem Alten Hof – Glatteis, nicht gestreut (Kies)

Es ist nicht hinzunehmen, dass die Münchnerinnen und Münchner jedes Jahr von Neuem täglich Gefahr laufen, auszurutschen, hinzufallen und sich die Knochen zu brechen, nur weil es nicht gelingt, winterliche Straßen begeh- und befahrbar zu machen. Gerade in Hinblick auf ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen ist eine Verbesserung dringend notwendig.

Daher fragen wir:

1. Wie reagiert das Baureferat auf diese Mängel?
2. Wie reagiert die MVG auf diese Mängel?
3. Was gedenkt das Baureferat zu tun?
4. Was gedenkt die MVG zu tun?

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin,
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Dr. Reinhold Babor
Stadtrat

gez.
Marian Offman
Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de wzim.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
17.12.10

Mit wenig Aufwand vielen Menschen nützen –
mehr Sitzgelegenheiten für die S-Bahnstation Marienplatz bereitstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich bei der DB AG dafür einzusetzen, dass für wartende Fahrgäste mehr Sitzmöglichkeiten auf den beiden S-Bahnsteigen der Station Marienplatz geschaffen werden. Hierbei sind insbesondere so genannte „Tote Bereiche“ zu nutzen, die auch im Evakuierungsfall nicht als Fluchtwegbereiche genutzt werden.

Begründung:
Wessen Blick ist nicht schon sehnsüchtig auf ungenutzte Rand-Flächen der S-Bahnsteige der Station Marienplatz gefallen, wenn alle Sitzplätze besetzt sind bis zur Abfahrt der eigenen S-Bahn noch 10 Minuten hin sind?

Jeder zusätzliche Sitzplatz ist erfreulich. Und dass es hierfür Platzpotenziale gibt, zeigt sich schnell: So könnte man alle, nicht unmittelbar an einer Wand angebrachten Sitze glatt verdoppeln, da die zugehörige Stahlrahmenkonstruktion schon soweit vorbereitet ist, nochmals dieselbe Anzahl von Sitzen aufzunehmen. Man braucht sie nur mit zwei Schrauben dranschrauben. Fertig. Fluchtwege und Verbindungswege werden dadurch nicht verstellt.

Der einzige Nachteil dieser Nachrüstung ist, dass die Menschen mit dem Rücken zur Bahn sitzen. Aufgrund der Durchsagen zumindest während der Hauptverkehrszeiten und damit der guten Orientierung über einfahrende S-Bahnen ist dieser Nachteil aber hinnehmbar.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de
www.georg-kronawitter.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
17.12.2010

Einbürgerung – das muß nicht sein

Eigenem Bekunden zufolge wirbt die Stadt München aktiv für die Einbürgerung von in München lebenden Personen mit „Migrationshintergrund“. Im Jahr 2009 erhielten nach erfolgreich abgeschlossenem Einbürgerungsverfahren rund 2800 Personen den deutschen Paß. Allerdings stellt noch immer für viele in München lebende Ausländer die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft keinen Automatismus und auch keine Selbstverständlichkeit dar; zudem soll es trotz einschlägiger Umwerbung des in Frage kommenden Personenkreises durch die Stadt noch immer zu Fällen kommen, in denen ein Einbürgerungsantrag abgelehnt wird.

Hierzu frage ich den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Einbürgerungsanträge von Personen mit „Migrationshintergrund“ wurden seit 2005 vom Kreisverwaltungsreferat abgelehnt (Zahlen bitte jahrweise aufführen!)? Was waren die Gründe für die Ablehnung?

2. Inwieweit zieht das KVR oder andere Stellen der Stadt Erkundigungen über einen eventuellen kriminellen/verfassungsfeindlichen Vorlauf von Einbürgerungskandidaten ein? Werden dazu auch Stellen des Heimatlandes des Bewerbers kontaktiert?

3. Wie sieht die von der Stadt betriebene aktive Werbung für die Einbürgerung aus?

4. Heranwachsende mit doppelter Staatsbürgerschaft, die sich mit Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, werden über diese Möglichkeit von der Stadt informiert. Wie viele der informierten Heranwachsenden lehnten die Einbürgerung seit 2005 ab (bitte jahrweise aufführen!)?

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de

5. Auch Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, werden von der Stadt über die Einbürgerungsmöglichkeit informiert. Wie viele Personen aus diesem Kreis wurden seit 2005 von der Stadt zwecks Einbürgerung kontaktiert? Wie hoch war die Ablehnung in diesem Personenkreis seit 2005 (bitte jahrweise aufführen!)?

Karl Richter, Stadtrat